



Frau Bundeskanzlerin

Ergebnisse aus der Meinungsforschung

Wochenbericht KW 41
14.10.2016

<i>forsa</i>	<i>Emnid</i>	<i>GMS</i>	<i>FG Wahlen</i>	<i>infratest dimap</i>
--------------	--------------	------------	------------------	------------------------

Wähleranteile:	Union bei 34 % bzw. 32 %, SPD zwischen 24 % und 21 %
----------------	--

Politische Aufgaben:	Bildungspolitik am wichtigsten Gute Beurteilung der Bundesregierung bei vielen politischen Aufgaben
----------------------	--

Wirtschaft:	Optimistische Erwartungen bei derzeitiger Wirtschaftsentwicklung steigen; langfristige Wirtschaftserwartungen eher pessimistisch
-------------	---

Weltpolitische Lage:	Sorge um den Weltfrieden wächst Lage in Syrien wird als größte Bedrohung wahrgenommen
----------------------	--

Wichtigstes Thema:	Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik
--------------------	--

Wähleranteile

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	Emnid¹ für BamS	GMS²	FG Wahlen³ für ZDF
CDU/CSU	34 (+1)	32 (-)	34 (+1)	34 (+1)
SPD	22 (-)	24 (+1)	21 (-2)	22 (-)
FDP	6 (-)	6 (-)	7 (-)	5 (-)
DIE LINKE	10 (-)	9 (-1)	10 (+2)	10 (-)
B'90/Grüne	11 (-)	11 (-1)	12 (+1)	12 (-1)
AfD	12 (-1)	13 (+1)	13 (-)	13 (-)
Sonstige	5 (-)	5 (-)	3 (-2)	4 (-)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.	06.-12.10.	07.-12.10.	11.-13.10.

Die Union liegt bei GMS 13 (+3), bei forsa 12 (+1), bei FG Wahlen 12 (+1) und bei Emnid 8 (-1) Prozentpunkte vor der SPD.

Kanzlerpräferenz

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
Merkel	45 (+1)
Gabriel	18 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.

Angela Merkel liegt bei der Kanzlerpräferenz 27 (-) Prozentpunkte vor Sigmar Gabriel.

85 % (+2) der CDU-Anhänger präferieren Merkel und 6 % (+1) Gabriel. Von den CSU-Anhängern würden sich 69 % (-) für Merkel und 9 % (+4) für Gabriel entscheiden.

46 % (-) der SPD-Anhänger präferieren Gabriel und 30 % (-1) Merkel.

Wäre Martin Schulz Kanzlerkandidat, würden sich 29 % der Wahlberechtigten für ihn entscheiden und 46 % für Angela Merkel.

¹ Sperrfrist bis zur Veröffentlichung in der Bild am Sonntag (16.10.2016)

² im Vergleich zur KW 37

³ im Vergleich zur KW 38

Problemlösungskompetenz

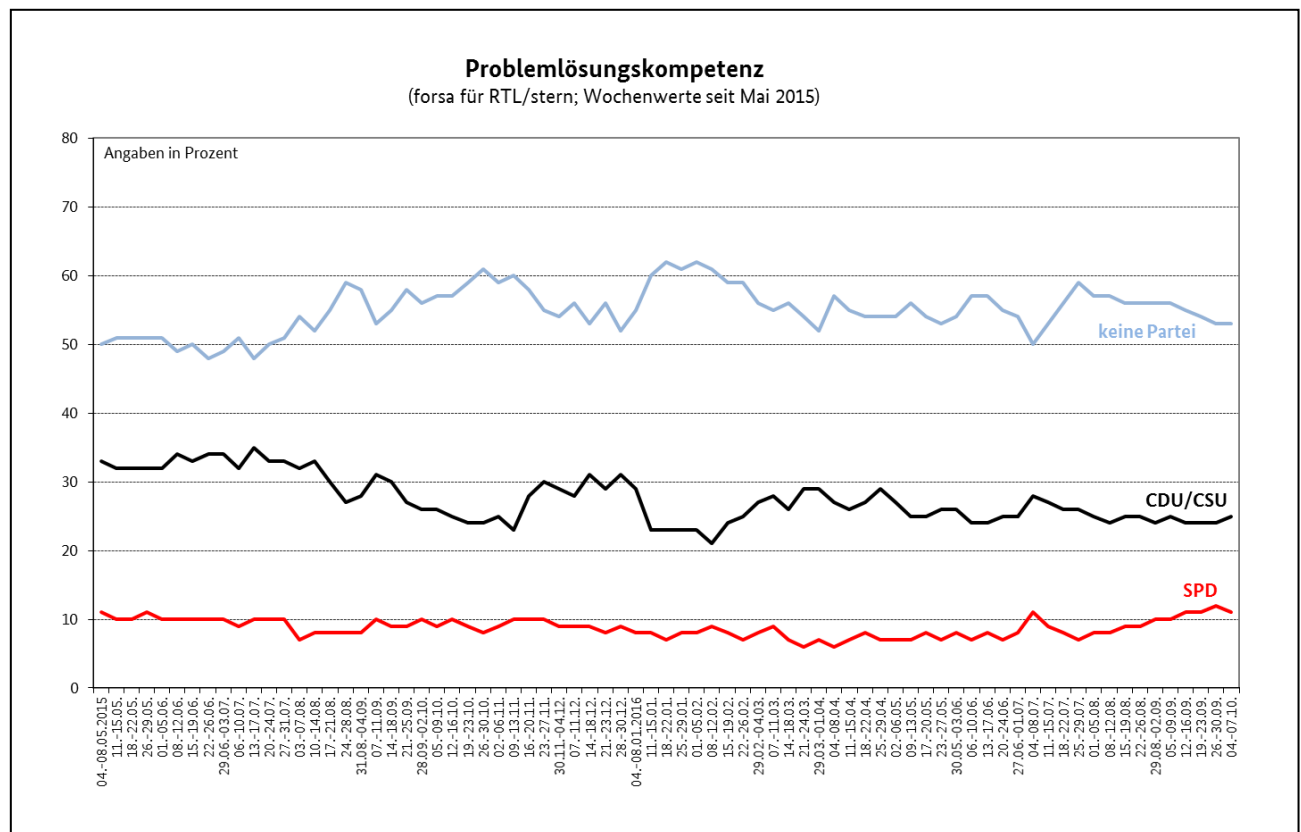
Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern
CDU/CSU	25 (+1)
SPD	11 (-1)
sonstige Parteien	11 (-)
keine Partei	53 (-)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.

Bei der politischen Kompetenz, die gegenwärtigen Probleme in Deutschland zu lösen, liegt die Union 14 (+2) Prozentpunkte vor der SPD.

53 % (-) trauen die Lösung der Probleme keiner Partei zu.

63 % (+1) der Unionsanhänger meinen, dass die eigene Partei mit den Problemen in Deutschland am besten fertig wird, bei den SPD-Anhängern sagen dies 39 % (-3) von ihrer Partei.



Wichtigkeit politischer Aufgaben im Oktober 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2016

Emnid für BPA

politische Aufgaben	sehr wichtig	wichtig	weniger wichtig	unwichtig
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	70 (+1)	28 (-)	1 (-1)	0 (-1)
Altersversorgung langfristig sichern	65 (-1)	30 (-)	3 (-)	1 (-)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	59 (+3)	36 (-4)	4 (-)	1 (-)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	58 (+2)	39 (-2)	2 (-1)	0 (-1)
innere Sicherheit gewährleisten	58 (+2)	39 (+1)	3 (-2)	1 (-)
Steuerlast gerecht verteilen	54 (-)	39 (-1)	6 (+2)	1 (-)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	51 (-2)	42 (+3)	7 (+1)	0 (-1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	47 (+2)	38 (-4)	13 (+3)	2 (-1)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	45 (-)	49 (+3)	6 (-1)	1 (-)
Zuwanderung von Ausländern regeln	45 (-2)	40 (+3)	9 (-3)	4 (+1)
Gesundheitswesen modernisieren	44 (-)	46 (+3)	9 (-1)	1 (-1)
für bezahlbare Strompreise sorgen	36 (+3)	50 (-)	11 (-3)	2 (-)
neue Technologien fördern	34 (+5)	46 (-5)	16 (-)	2 (-1)
Staatsschulden begrenzen	32 (+2)	47 (-)	17 (-2)	3 (-)
Energiewende zügig vorantreiben	31 (+1)	49 (+2)	15 (-3)	3 (-2)
deutsche Interessen in der EU vertreten	29 (-3)	56 (+5)	12 (-1)	2 (-2)
Verbraucherschutz stärken	29 (+4)	56 (+1)	14 (-3)	1 (-)
für Preisstabilität sorgen	24 (-4)	58 (+3)	15 (-)	1 (-1)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	24 (-)	54 (+2)	18 (-1)	3 (-1)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	23 (-2)	59 (+3)	14 (-)	2 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-11.10.2016			

Die Bildungspolitik ist für die Bundesbürger nach wie vor die wichtigste politische Aufgabe und wird überdurchschnittlich häufig von unter 40-Jährigen (78 %) sowie von Anhängern der Grünen (89 %), der AfD (78 %) und der FDP (76 %) als prioritär angesehen. Personen mit hoher formaler Bildung nennen diese Aufgabe häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (78 % zu 62 %). 40- bis 49-Jährige (59 %) und Männer (65 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Die langfristige Sicherung der Altersversorgung wird von 30- bis 39-Jährigen (72 %) und Personen mit einfacher formaler Bildung (70 %) sowie von Anhängern der AfD (82 %) überdurchschnittlich häufig als sehr wichtig angesehen. Unter 30-Jährige (52 %) sowie Anhänger der Linkspartei (57 %) und der Grünen (59 %) tun dies unterdurchschnittlich oft.

Beurteilung der Arbeit der Bundesregierung in politischen Aufgabenbereichen Oktober 2016

Angaben in Prozent; Veränderungen in Klammern beziehen sich auf die Erhebung im September 2016

Ernid für BPA

politische Aufgaben	sehr/eher gut	eher/sehr schlecht
neue Technologien fördern	69 (+3)	22 (-3)
Rahmenbedingungen für Wirtschaftswachstum schaffen	69 (+2)	23 (-)
für Preisstabilität sorgen	67 (+1)	28 (+1)
für saubere Umwelt und Schutz des Klimas sorgen	67 (+1)	31 (-)
deutsche Interessen im Ausland vertreten	66 (+2)	27 (-3)
deutsche Interessen in der EU vertreten	66 (-2)	30 (+3)
innere Sicherheit gewährleisten	64 (-3)	33 (+3)
Arbeitslosigkeit bekämpfen	62 (+5)	33 (-6)
für gute Bildungsmöglichkeiten sorgen	59 (+2)	36 (-2)
Energiewende zügig vorantreiben	59 (+4)	37 (-3)
Verbraucherschutz stärken	58 (+7)	34 (-5)
Staatsschulden begrenzen	58 (+2)	35 (-2)
Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern	58 (+8)	38 (-7)
Gesundheitswesen modernisieren	52 (+4)	43 (-4)
für bezahlbare Strompreise sorgen	48 (-)	45 (+1)
Daten von Bürgern und Unternehmen besser schützen	48 (+1)	46 (+1)
für soziale Gerechtigkeit sorgen	47 (+5)	50 (-3)
Zuwanderung von Ausländern regeln	39 (+6)	58 (-6)
Altersversorgung langfristig sichern	37 (+5)	59 (-4)
Steuerlast gerecht verteilen	33 (+1)	62 (-1)
Erhebungszeitraum	05.-11.10.2016	

In 14 von 20 Politikfeldern bewertet mindestens die Hälfte der Bundesbürger die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut.

Im Politikfeld "Bedingungen für Familien mit Kindern verbessern" bewertet im Vergleich zum Vormonat ein um 8 Prozentpunkte höherer Anteil der Bevölkerung die Arbeit der Bundesregierung als sehr bzw. eher gut. Auch die Aufgabenbereiche „Verbraucherschutz stärken“ (+7 Prozentpunkte) und "Zuwanderung von Ausländern regeln" (+6 Prozentpunkte) werden häufiger sehr bzw. eher gut bewertet.

Derzeitige wirtschaftliche Entwicklung

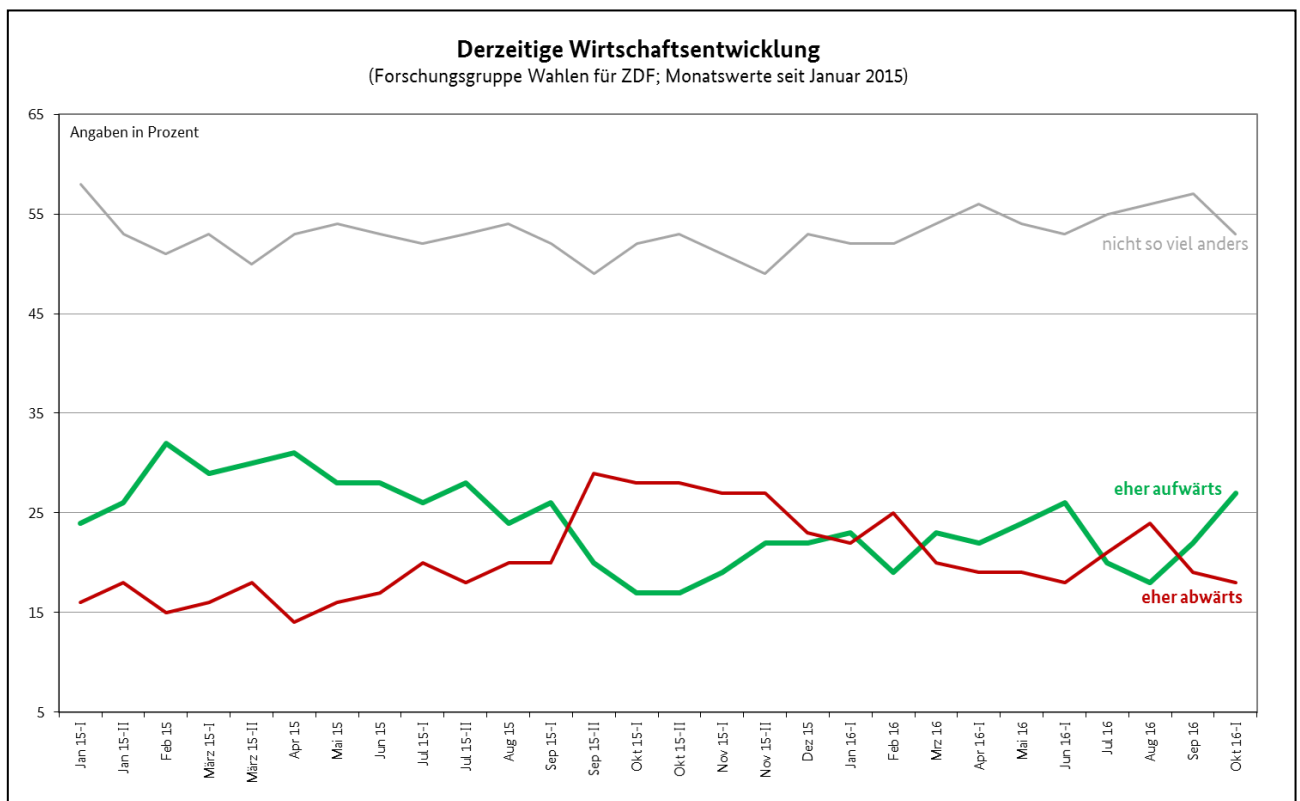
Angaben in Prozent

	FG Wahlen für ZDF
eher aufwärts	27 (+5)
eher abwärts	18 (-1)
nicht so viel anders	53 (-4)
Erhebungszeitraum	11.-13.10.

Die Einschätzung der derzeitigen wirtschaftlichen Entwicklung hat sich im Vergleich zur KW 38 nochmals deutlich verbessert.

Anhänger der Linkspartei, der FDP (jew. 35 %) und der Grünen (34 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Aufwärtstrend.

Anhänger der AfD (33 %) sehen überdurchschnittlich häufig einen Abwärtstrend.



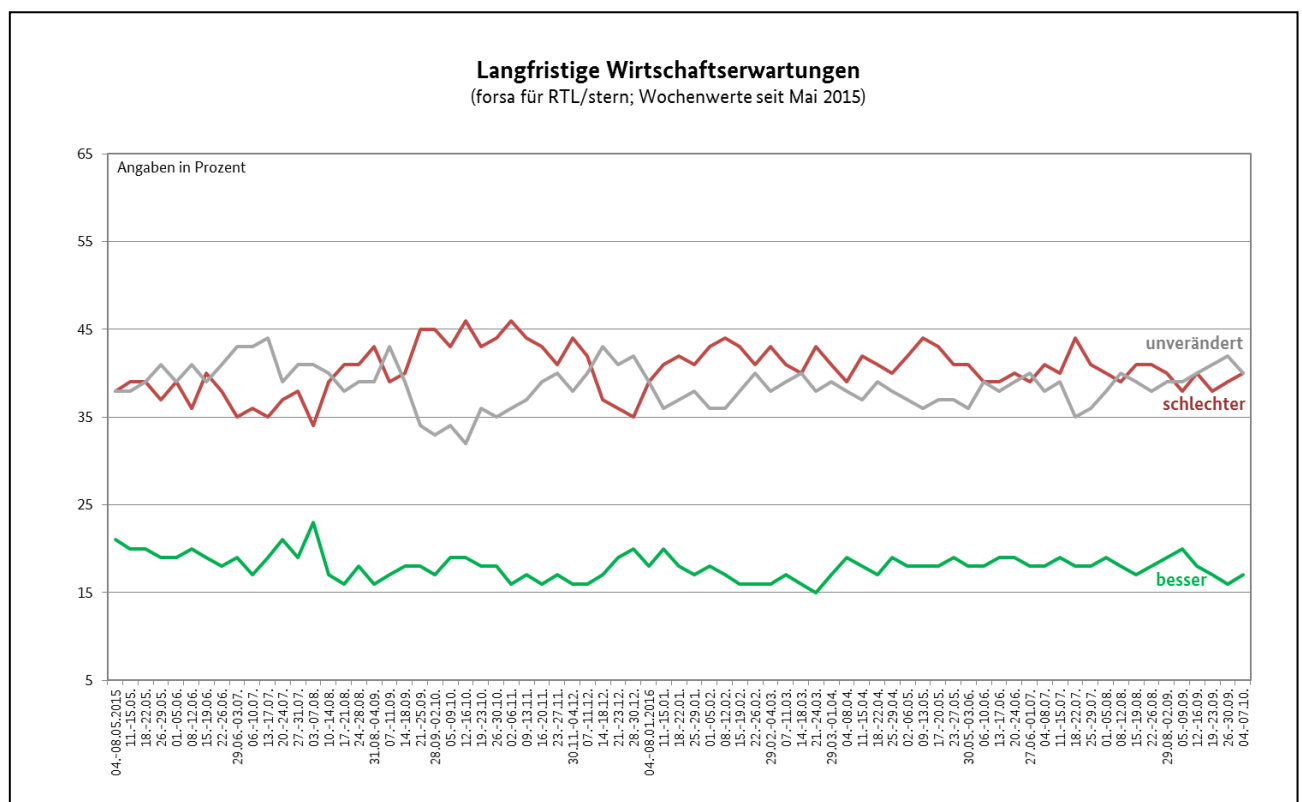
Langfristige Erwartungen für die Wirtschaft

Angaben in Prozent

	forsa für RTL/stern	
besser	17	(+1)
schlechter	40	(+1)
unverändert	40	(-2)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.	

Die langfristigen Wirtschaftserwartungen haben sich im Vergleich zur Vorwoche so gut wie nicht verändert.

Der Anteil der Bevölkerung, der mit einer Verschlechterung der wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland in den kommenden Jahren rechnet, liegt um 23 (-) Prozentpunkte höher als der Anteil, der von einer Verbesserung ausgeht.



Machen Sie sich Sorgen um den Weltfrieden?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA
sehr große	14 (+1)
große	50 (+4)
wenig	28 (-5)
keine	8 (+1)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.

Geringverdiener (69 %) sowie Anhänger der Grünen, der Linkspartei (jew. 76 %) und der AfD (70 %) machen sich überdurchschnittlich oft (sehr) große Sorgen um den Weltfrieden. Frauen machen sich häufiger (sehr) große Sorgen als Männer (73 % zu 55 %).

Unter 30-Jährige (43 %) und Anhänger der FDP (42 %) machen sich überdurchschnittlich häufig weniger bzw. gar keine Sorgen.

Von welcher weltweiten Krise droht Deutschland aktuell die größte Gefahr?

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA
Syrien	26 (+6)
Asylbewerber, Flüchtlinge	13 (+2)
Russland	12 (+4)
Naher Osten, arabische Länder	9 (-1)
USA	9 (+2)
Islamischer Staat (IS)	8 (-4)
Krieg/Terrorismus allgemein	7 (-6)
Ukraine	5 (-1)
Türkei	4 (-3)
Religion, religiöse Krisen/Kriege allgemein	4 (-1)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.

Nach Meinung der Bundesbürger droht von der Lage in Syrien die größte Gefahr für Deutschland.

Die Anhänger aller Parteien außer der SPD nennen die Lage in Syrien überdurchschnittlich häufig als größte Gefahrenquelle für Deutschland (Grüne: 45 %, Linkspartei: 35 %, FDP: 34 %, AfD: 31 %, Union: 30 %, SPD: 24 %). Personen mit hoher formaler Bildung nennen dieses Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (32 % zu 19 %), Gutverdiener häufiger als Geringverdiener (32 % zu 21 %) und über 60-Jährige häufiger als unter 30-Jährige (31 % zu 20 %).

Rolle Deutschlands in der Weltpolitik

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
sollte mehr Verantwortung übernehmen	29	(-3)
sollte weniger Verantwortung übernehmen	10	(-)
Deutschland tut bereits genug	59	(+3)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.	

Personen mit hoher formaler Bildung (35 %), 45- bis 59-Jährige und Gutverdiener (jew. 34 %) sowie Anhänger der Grünen (44 %), der Linkspartei (36 %) und der SPD (35 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland mehr Verantwortung in der Weltpolitik übernehmen sollte.

Hingegen sind unter 30-Jährige (20 %) und Geringverdiener (15 %) sowie Anhänger der AfD (21 %) überdurchschnittlich oft der Ansicht, dass Deutschland weniger Verantwortung übernehmen sollte.

Personen mit einfacher formaler Bildung (67 %) und Anhänger der Union (66 %) meinen überdurchschnittlich häufig, dass Deutschland bereits genug tut.

Rolle Deutschlands in der EU

Angaben in Prozent, im Vergleich zur KW 38

	forsa für BPA	
nimmt zu viel Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	42	(+1)
nimmt zu wenig Rücksicht auf andere EU-Mitgliedstaaten	17	(-1)
verhält sich alles in allem genau richtig	36	(+1)
Erhebungszeitraum	04.-07.10.	

Unter 30-Jährige (56 %), Personen mit mittlerer formaler Bildung (50 %) und Geringverdiener (47 %) sind überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu viel Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Anhänger der Linkspartei (32 %) sind hingegen überdurchschnittlich oft der Meinung, dass Deutschland zu wenig Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Gutverdiener (41 %) sowie Anhänger der Grünen (52 %), der Union (47 %) und der FDP (42 %) finden das Verhalten Deutschlands überdurchschnittlich häufig genau richtig. Anhänger der AfD (13 %) tun dies unterdurchschnittlich oft und sind sich uneinig, ob Deutschland zu viel (46 %) oder zu wenig (38 %) Rücksicht auf die EU-Mitgliedstaaten nimmt.

Wichtigste Themen

Angaben in Prozent

	infratest dimap für BPA
Flüchtlingsströme/Europäische Einwanderungspolitik	32 (-)
Präsidentschaftswahl in den USA/Vorwahlen	19 (+12)
Terroranschläge/-versuche in Chemnitz, Würzburg, München, Ansbach	15 (+13)
Bürgerkrieg im Irak und Syrien/Terrorgruppe "Islamischer Staat"/ Russlands Eingreifen in Syrien	9 (-2)
Ausländer in Deutschland, Zuwanderungs-, Asylpolitik	7 (-)
Erhebungszeitraum	10.-11.10.

Die Bundesbürger beschäftigen sich in dieser Woche am meisten mit den Flüchtlingsströmen bzw. der europäischen Einwanderungspolitik. Überdurchschnittlich häufig sehen Personen mit mittlerem Einkommen (37 %) sowie Anhänger der AfD (51 %) und der Union (38 %) dieses Thema als das wichtigste der Woche an. Über 65-Jährige nennen das Thema häufiger als unter 35-Jährige (37 % zu 27 %). Anhänger der FDP (26 %) beschäftigen sich unterdurchschnittlich oft damit.

Die Präsidentschaftswahl in den USA wird überdurchschnittlich häufig von Gutverdienern (24 %) sowie von Anhängern der Grünen (31 %) und der SPD (25 %) genannt. Personen mit hoher formaler Bildung nennen das Thema häufiger als Personen mit einfacher formaler Bildung (29 % zu 11 %). Ostdeutsche (12 %), über 65-Jährige (13 %) sowie Anhänger der AfD (8 %) und der Linkspartei (14 %) nennen die Präsidentschaftswahl in den USA unterdurchschnittlich oft.

